

PBeaKK Auftrags-/Vertragsnr.:

**Rahmenvertrag**  
**über**  
**Begutachtungen von Hörgeräteversorgungen**  
**im Hilfsmittelbereich**

zwischen der

**Postbeamtenkrankenkasse**  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
vertreten durch den Vorstand,  
Nauheimer Straße 98, 70372 Stuttgart

– im Folgenden **PBeaKK** genannt –

und

– im Folgenden auch **Auftragnehmer** genannt –

## **§ 1**

### **Gegenstand des Vertrages**

(1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Erstellung von einzelfallbezogenen fachlichen Begutachtungen im Hilfsmittelbereich **Hörgeräte** durch den Auftragnehmer. Den Begutachtungen liegt jeweils eine Versorgung eines Versicherten oder einer Versicherten (im Folgenden nur: Versicherter) der PBeaKK mit medizinisch erforderlichen Hörgeräten zugrunde.

(2) Durch diesen Vertrag entsteht keine Verpflichtung der PBeaKK zur Beauftragung des Auftragnehmers mit der Erbringung von Einzelleistungen im Sinne dieses Rahmenvertrages. Das bedeutet, dass nicht jedes ärztlich verordnete Hörgerät einen Gutachtenauftrag zur Folge hat. Mindestumsätze oder Auftragszahlen werden durch diesen Vertrag nicht garantiert. Eine Beauftragung erfolgt nur mit dem Einverständnis des Versicherten.

## **§ 2**

### **Pflichten des Auftragnehmers**

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich nach entsprechendem Auftrag der PBeaKK in Textform eine, in deutscher Sprache gefasste, Begutachtung in Textform zu erstellen und der PBeaKK zu übermitteln. Inhalt der Begutachtung ist die einzelfallbezogene Überprüfung, ob das von der Hörakustikerin oder dem Hörakustiker (Früher: Hörgeräteakustiker, im Folgenden nur: Hörakustiker) empfohlene Hörgerät für den Versicherten geeignet ist und ob diese Versorgung wirtschaftlich ist.

Hierbei ist unter Berücksichtigung der medizinischen Notwendigkeit insbesondere zu überprüfen, ob

- a. das vom Hörakustiker empfohlene Hörgerät für den Versicherten geeignet ist
- b. die von dem Hörakustiker in seinem Kostenvoranschlag aufgeführten Entgeltpositionen wirtschaftlich angemessen sind,
- c. das von dem Hörakustiker in seinem Kostenvoranschlag angegebene Hörgerät durch ein anderes medizinisch oder gleichsam ausreichendes, jedoch preisgünstigeres Hörgerät ersetzt werden kann und
- d. das von dem Hörakustiker in einem Kostenvoranschlag angegebene Hörgerät von einem anderen Hilfsmittellieferanten preisgünstiger bezogen werden kann.

Bei seiner Begutachtung hat der Auftragnehmer den jeweils aktuellsten Stand technischer Erkenntnisse zugrunde zu legen. Die Begutachtung hat produkt- und firmenunabhängig zu erfolgen. Die medizinische Notwendigkeit ergibt sich regelmäßig aus der der Hilfsmittelversorgung zugrundeliegenden ärztlichen Verordnung; sollte sich im Laufe der Begutachtung ergeben, dass eine von der ärztlichen Verordnung abweichende Hörgeräteversorgung erforderlich sein könnte, ist der Auftragnehmer verpflichtet, mit dem behandelnden Arzt bzw. der behandelnden Ärztin des Versicherten unter besonderer Berücksichtigung der ärztlichen Therapiefreiheit Rücksprache zu halten, sodass erforderlichenfalls eine geänderte ärztliche Verordnung erstellt wird. Der Auftragnehmer setzt den Hörakustiker von der geänderten ärztlichen Verordnung in Kenntnis.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit dem Versicherten und im Bedarfsfall mit dem Hörakustiker in Kontakt zu treten. Hierbei hat der Auftragnehmer im Namen des betreffenden Versicherten darauf hinzuwirken, dass eine qualitative und wirtschaftliche Hörgeräteversorgung gewährleistet wird und die Vergütung auf ein wirtschaftlich angemessenes Maß reduziert wird.

(3) Der Auftragnehmer hat die Begutachtung innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Zugang des Auftrags zu erstellen und per Telefax an die

zu übermitteln. Zwischen der PBeaKK und dem Auftragnehmer kann auch eine elektronische Übermittlung der Gutachten vereinbart werden, wenn zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Informationssicherheit des gewählten Übermittlungsweges ausreichende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden sind. Verzögerungen oder Störungen bei der Erstellung oder Übermittlung der Gutachten hat der Auftragnehmer der PBeaKK unverzüglich mitzuteilen.

Die Begutachtung hat in Textform zu erfolgen und zumindest Name und Vorname des Versicherten nebst dessen Versichertennummer zu enthalten. Ferner sind der Begutachtung folgende Anlagen beizufügen:

- a. Bezeichnung des begutachteten Hörgerätes
- b. Darstellung des Sachverhaltes und eigene Beurteilung mit Begründung;
- c. Der Preis für die vom Auftragnehmer empfohlene Hörgeräteversorgung
- d. Der Preis des ursprünglichen Kostenvoranschlages des Hörakustikers
- e. Die Differenz zwischen dem ursprünglichen Kostenvoranschlag und dem empfohlenen Preis.

Nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung sind der Begutachtung gegebenenfalls noch weitere Anlagen beizufügen.

Bei der vom Auftragnehmer empfohlenen Hörgeräteversorgung ist jeweils eine Hörgeräteempfehlung in den 3 folgenden Preisklassen anzugeben:

- a. Niedriges Preissegment: Hörgeräte bis 1.500 Euro je Gerät
- b. Mittleres Preissegment: Hörgeräte für 1.500 Euro je Gerät (Höchstbetrag BBhV)
- c. Hohes Preissegment: Hörgeräte bis 2.500 Euro je Gerät

Hierbei ist eine marktübliche Differenzierung von Hörgeräten nach Abgabepreis und technischer Ausstattung vorzunehmen. Die drei vorgeschlagenen Geräte sollen sich sowohl preislich als auch hinsichtlich der technischen Ausstattung und des Funktionsumfangs deutlich voneinander unterscheiden. Die Einordnung der vorgeschlagenen Geräte in die Preissegmente erfolgt anhand der marktüblicher Abgabepreise des jeweiligen Gerätes.

Die vom Auftragnehmer zu erstellenden Begutachtungen nebst Anlagen werden mit Übermittlung Eigentum der PBeaKK. Soweit und in dem Umfang, in dem die Gutachten urheberrechtlich geschützte Rechte enthalten, überträgt der Auftragnehmer der PBeaKK mit der jeweiligen Lieferung der Gutachten deren alleinige und uneingeschränkte Nutzungsrechte. Diese Nutzungsrechte umfassen insbesondere die Befugnis der PBeaKK, den Inhalt der Gutachten für ihre Entscheidungen zu nutzen und die Gutachten an Dritte weiterzugeben.

(4) Die Begutachtung (Stellungnahme nach Aktenlage mit zusätzlicher Abklärung per Telefon) ist aufgrund der vorgelegten Akten vorzunehmen. Der Auftragnehmer hat hierbei eine telefonische Rücksprache zu halten:

- mit dem Versicherten oder dessen Vertreter
- und soweit erforderlich mit dem Hörakustiker.

(5) Der Auftragnehmer hat Anfragen der PBeaKK zu einer erstellten Begutachtung zu beantworten. Ist die erstellte Begutachtung unvollständig, ist die PBeaKK berechtigt, vom Auftragnehmer kostenfrei eine entsprechende Ergänzung in Textform zu verlangen.

(6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Annahme der Aufträge oder Anfragen arbeitstäglich von montags bis freitags jeweils in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr sicher zu stellen. Beratung und Stellungnahmen sowie sämtliche Kommunikation mit der PBeaKK haben in deutscher Sprache zu erfolgen.

(7) Für die vertraglich geschuldeten Leistungen hat der Auftragnehmer nur dafür fachlich qualifiziertes und ausgebildetes Personal einzusetzen. Fachlich qualifiziert sind hierbei Personen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung zur Hörakustikerin oder zum Hörakustiker oder mit einer in einem Mitgliedsstaat der EU, des EWR oder der Schweiz erworbenen vergleichbaren Ausbildung. Die eingesetzten Personen müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und mindestens einmal jährlich an geeigneten fachlichen Fortbildungsmaßnahmen für Hörakustiker teilnehmen, und der PBeaKK die erfolgreiche Teilnahme nachweisen.

(8) Der Auftragnehmer hat hinsichtlich der durchgeführten Begutachtungen für jeden Kalendermonat eine Statistik nach Maßgabe des **Anhangs Nr. 1A** des Vertrages zu erstellen und an die PBeaKK zu übermitteln. Die Statistik ist auf elektronischem Wege zu übermitteln. Die Statistik muss der PBeaKK spätestens am fünften Arbeitstag desjenigen Kalendermonates zugehen, der auf den die Statistik betreffenden Kalendermonat folgt.

### **§ 3**

#### **Pflichten der PBeaKK**

(1) Die PBeaKK verpflichtet sich, an den Auftragnehmer die Vergütung gemäß § 4 zu bezahlen.

(2) Die PBeaKK verpflichtet sich, dem Auftragnehmer für die Begutachtung der Wirtschaftlichkeit der Hörgeräteversorgung eine entsprechende ärztliche Verordnung und ein Audiogramm zu übermitteln. Sofern der PBeaKK vorliegend, übermittelt die PBeaKK ferner den Kostenvoranschlag eines Hörakustikers.

### **§ 4**

#### **Vergütung**

(1) Die Vergütung für die vertragsgegenständlichen Leistungen ergibt sich abschließend aus **Anhang 2** (Preisblatt) des Vertrages in Form des dort festgelegten Festpreises. Der Preis ist für die gesamte Vertragslaufzeit einschließlich der von der PBeaKK in Anspruch genommenen Verlängerungsoptionen fest vereinbart. Er wird in Euro berechnet und versteht sich zuzüglich der geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

(2) Mit der Vergütung nach Absatz 1 sind sämtliche Kosten, Aufwendungen und Auslagen des Auftragnehmers abgegolten. Ein Anspruch auf weitere Vergütung – auch gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber den Versicherten – besteht nicht.

(3) Dem Auftragnehmer ist untersagt, von Dritten im Rahmen der vertraglichen Tätigkeit angebotene materielle Vorteile, etwa Provisionen, anzunehmen.

### **§ 5**

#### **Rechnungslegung und Fälligkeit**

(1) Die Rechnungslegung erfolgt nach Erstellung und Übermittlung der Begutachtung. Jede vorgenommene Begutachtung ist gesondert abzurechnen; eine Erstellung von Sammelrechnungen ist nicht zulässig. Die Rechnung des Auftragnehmers ist in Textform an die

Postbeamtenkrankenkasse  
Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung  
Rechnungswesen U1  
Postfach 30 08 66  
70448 Stuttgart

zu richten. Sie hat folgende Angaben zu enthalten:

- a. Name und Vorname des Versicherten nebst dessen Versichertennummer
- b. Bezeichnung der jeweils abgerechneten Entgeltpositionen
- c. Auftrags- / Gutachtennummer

(2) Die Zahlung der Vergütung erfolgt spätestens 30 Tage nach Zugang der prüffähigen Rechnung nach Absatz 1, jedoch nicht vor Erbringung der vollständigen Leistung; die vollständige Leistung gilt als erbracht, wenn der PBeaKK eine vertragsgemäß erstellte Begutachtung ohne Mängel geliefert wird.

## **§ 6**

### **Datenschutz, Vertraulichkeit und Informationssicherheit**

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen übermittelten oder bekanntwerdenden personenbezogenen Daten und Gesundheitsdaten der Versicherten des PBeaKK zu schützen und die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zu beachten. Der Auftragnehmer trifft alle geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, um eine angemessene Sicherheit der von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten und Gesundheitsdaten zu gewährleisten, und diese gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung, sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen. Die vom Auftragnehmer zu beachtenden Regelungen zum Datenschutz ergeben sich aus der DSGVO und dem BDSG in der jeweils gültigen Fassung sowie der Datenschutzvereinbarung (**Anhang 3**). Diese ist Bestandteil dieses Vertrages.

(2) Der Auftragnehmer behandelt alle zum Zweck der Leistungserbringung mündlich, schriftlich oder in anderer Form zur Verfügung gestellten Informationen der PBeaKK und deren Versicherten vertraulich. Er wendet hierbei die gleichen Maßstäbe an, wie für eigene vertrauliche Informationen. Eine Verpflichtung zur Offenlegung vertraulicher Informationen gegenüber Gerichten und Behörden bleibt hiervon unberührt.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung aller Voraussetzungen zur Gewährleistung der Informationssicherheit nach Maßgabe des BSI-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Umsetzung von technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen für vertragliche Leistungen ist vom Auftragnehmer der IT-Grundschutz des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) auf der Grundlage der Anforderungen des aktuellen IT-Grundschutz-Kompendiums für einen hohen Schutzbedarf zu berücksichtigen. Die Dokumentation der BSI-Konformität der ergriffenen Maßnahmen ist der Auftraggeberin auf Anforderung nachzuweisen.

## **§ 7** **Antikorruptionsklausel**

(1) Die Vertragsparteien erklären ihren festen Willen, jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken.

(2) Die PBeaKK verpflichtet den Auftragnehmer förmlich mittels gesonderter Verpflichtungserklärung nach **Anhang 6 (Angebotsformblatt)**, **Ziffer 7** zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten aus dem Auftrag gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz).

(3) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist die PBeaKK berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

- sich nachweislich wegen Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) oder Bestechung (§ 334 StGB) strafbar gemacht haben, oder ein sonstiger Ausschlussgrund im Sinne der §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegt,
- Angebote abgegeben haben, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen,
- sich an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt haben. Hierunter fallen insbesondere Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, zu fordernden Preisen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstigen Abgaben, sowie die Festlegung von Preisempfehlungen.

(4) Der Auftragnehmer hat der PBeaKK alle Schäden zu ersetzen, die ihr unmittelbar oder mittelbar durch die fristlose Kündigung oder den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Sofern die PBeaKK keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % des Auftragswertes dieses Vertrages zu bezahlen. Soweit der Auftragnehmer einen niedrigeren Schaden nachweist, hat er nur diesen zu zahlen.

## **§ 8** **Vertragsdauer und Kündigung**

(1) Der Rahmenvertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft und ist zunächst bis zum 31.08.2028 befristet. Leistungen nach diesem Vertrag sind vom Auftragnehmer ab dem 01.09.2026 zu erbringen. Die PBeaKK ist berechtigt, durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer den Rahmenvertrag bis zu zwei Mal um jeweils 1 Jahr zu verlängern. Die Erklärung ist spätestens 4 Monate vor Ablauf der jeweiligen Befristung abzugeben. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der schriftlichen Verlängerungsmittelung durch die PBeaKK.

(2) Abweichend von Absatz 1 endet der Rahmenvertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, bereits zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Höchstwert im Umfang von 240.000 EUR erreicht ist. Dieser Höchstwert bestimmt sich nach der Summe der insgesamt abgerechneten Vergütung gemäß § 4 einschließlich der Umsatzsteuer. Um der PBeaKK zu ermöglichen, rechtzeitig eine neue Ausschreibung zu initialisieren, teilt der Auftragnehmer der PBeaKK jeweils unverzüglich in Textform mit, wenn 70% und 85% des genannten Höchstwertes erreicht sind. Auf Verlangen teilt der Auftragnehmer der PBeaKK zudem im Einzelfall mit, wieviel Prozent des Höchstwertes jeweils bereits erreicht sind.

(3) Der Rahmenvertrag kann vorzeitig außerordentlich nur aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gemäß § 314 BGB gekündigt werden; die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen. Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform. Ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung der PBeaKK liegt insbesondere vor, wenn

- a. über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde; im Fall der Beantragung eines Insolvenzverfahrens gilt dies nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass der Antrag binnen vier Wochen nach Eingang des Antrags wieder zurückgenommen worden ist,
- b. der Auftragnehmer nicht erbrachte Leistungen gegenüber der PBeaKK abrechnet,
- c. der Auftragnehmer entgegen § 4 Abs. 3 im Rahmen der vertraglichen Tätigkeit materielle Vorteile von Dritten annimmt,
- d. der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung durch die PBeaKK ein weiteres Mal schuldhaft gegen die vertraglich fixierte Frist nach § 2 Abs. 3 Satz 1 verstößt,
- e. der Auftragnehmer gegen die Verpflichtungen zum Datenschutz und zur Vertraulichkeit (§ 6) verstößt,
- f. der Auftragnehmer in sonstiger Weise schuldhaft seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag verletzt und auch nach einer schriftlichen Abmahnung durch die PBeaKK keine Abhilfe leistet.

## **§ 9**

### **Haftung für Vertragsverletzungen**

(1) Der Auftragnehmer haftet für sämtliche von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung der vertraglichen Verbindlichkeiten oder bei Gelegenheit der Vertragsdurchführung entstehen. Der Auftragnehmer stellt die PBeaKK von allen Ansprüchen Dritter, insbesondere der Versicherten gegenüber der PBeaKK frei, die in ursächlichem Zusammenhang mit der vertraglichen Tätigkeit des Auftragnehmers stehen. Eine Haftung der PBeaKK oder deren Beschäftigten für Schäden und Verluste, die der Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung der vertraglichen Leistungen erleiden, ist ausgeschlossen; dies gilt nicht bei einer Haftung wegen Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit oder bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für seine aufgrund dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen auf eigene Kosten angemessene Versicherungen abzuschließen und über die gesamte Laufzeit des Vertrages aufrechtzuerhalten. Insbesondere hat der Auftragnehmer eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Diese Betriebshaftpflichtversicherung hat sich auf Versicherungsfälle im Zusammenhang mit den nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen zu beziehen und muss die nachfolgend benannten Mindestdeckungssummen je Schadensereignis umfassen:

- |   |                |
|---|----------------|
| - bei Personen- und Sachschäden, pauschal | 10.000.000 EUR |
| - bei Vermögensschäden                    | 1.000.000 EUR  |

Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt jeweils mindestens das Zweifache der Deckungssumme. Den Bestand des Versicherungsschutzes hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

**§ 10**  
**Rechtswahl, anwendbare Vorschriften und Gerichtsstand**

- (1) Dieser Vertrag und all seine Bestandteile unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Sofern dieser Vertrag keine gesonderte Regelung enthält, findet im Übrigen die VOL/B Anwendung.
- (3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Stuttgart.

**§ 11**  
**Schlussbestimmungen**

- (1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass dieser Vertrag für den Auftragnehmer kein Ausschließlichkeitsrecht für Begutachtungsaufträge der PBeaKK begründet.
- (2) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen aus Beweisgründen der Schriftform sowie der ausdrücklichen Bezugnahme auf diesen Vertrag.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien sind vielmehr verpflichtet, eine unwirksame Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die der unwirksamen in gesetzlich zulässiger Weise wirtschaftlich am Nächsten kommt. Entsprechendes gilt, soweit der Vertrag lückenhaft oder unklar sein sollte.

Dieser Vertrag ist ohne Unterschriften gültig.

**Anhänge**

- Anhang 1 Leistungsbeschreibung
- Anhang 1A Leistungsbeschreibung - Statistik
- Anhang 2 Preisblatt
- Anhang 3 Datenschutzvereinbarung